

MA 28 ✓

EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG
ZU POLITISCHEM EXTREMISMUS
IN ÖSTERREICH

1426/80

Wien, im Dezember 1980

Institut für empirische
Sozialforschung (IFES)
1200 Wien, Raffaelgasse 12-14
Telefon 33 15 01

I. AUFGABENSTELLUNG

Die vorliegenden Befragungsergebnisse entstammen einer Repräsentativbefragung der österreichischen Erwachsenenbevölkerung (16 bis 70 Jahre, 1995 Befragte), die vom IFES in der zweiten Oktoberhälfte 1980 durchgeführt wurde. Es handelte sich um ein sehr konzentriertes, eher kurzes Fragenprogramm, das nicht die ganze Breite des Themas "politischer Extremismus" mit seinen historischen und politologischen Implikationen ausloten wollte und konnte, sondern anknüpfend an einen aktuellen Anlaß (Bombenanschlag in München) mit einigen präzisen Fragen die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Aktivität politisch extremer Gruppen messen wollte.

Entsprechend ist auch die Frage nach dem definitorischen Inhalt des hier verwendeten Begriffs "politischer Extremismus" zu sehen. In den Fragestellungen wurde an terroristische Aktivitäten angeknüpft, "Extremismus" impliziert also hier die Anwendung subversiver Gewalt. Ebenso wurde in den Fragen ohne weitere differenzierende definitorische Zusätze an die in den Massenmedien eingeführten plakativen Kürzel "rechtsextrem" und "linksextrem" angeschlossen. Die Messungen ergeben also ein Einstellungsmuster der Bevölkerung, wie es sich aus dem Reflex auf die Berichterstattung über terroristische Aktivitäten in den Massenmedien herausbildet. Welches faktische Wissen über die Aktivität rechts- und links-extremer Gruppen, welche Kenntnis ihrer ideologischen Hintergründe und schließlich auch welche persönlichen politischen Stellungen zu diesen Ideologien im Einzelnen hinter den bekundeten Einstellungen der Befragten stehen bzw. diese erklären könnten, konnte hier nicht erhoben werden. Das wäre Aufgabe eingehender Motivstudien.

Die Einstellungsmessungen wurden nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen:

- Welche Gruppen - "rechte" oder "linke" - sind allgemein gesehen aktiver?
- Wie wird die politische Gefährlichkeit der politisch extremen Gruppen gesehen?
- Wie wird das Potential politisch extremer Gruppen speziell in Österreich eingeschätzt?
- Wie wird die Entwicklung in Österreich in den nächsten Jahren eingeschätzt?
- Gibt es konkretes Wissen über politisch extreme Gruppen in Österreich?

Ein zweiter Punkt der Erhebung war der Versuch, daß Potential des politischen Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus, in der österreichischen Bevölkerung abzuschätzen. Dafür wurde das Erhebungsmodell einer "Protestpotentialskala" herangezogen, wie sie bereits 1978 in der Bundesrepublik von "Infratest" verwendet wurde. Die Ergebnisse dieses Versuchs sind für die österreichische Situation sehr vorsichtig zu interpretieren, in dem entsprechenden Kapitel wird darauf genauer eingegangen.

II. HAUPTERGEBNISSE

1.1 40 Prozent der Österreicher meinen: politisch extreme Gruppen in Österreich sind ernstzunehmen

Die Mehrheit der Österreicher lebt nicht in dem Bewußtsein, daß das politische Geschehen im Lande durch politisch extreme Gruppen gefährdet sei. 36 Prozent der Befragten ist von solchen Gruppen "überhaupt nichts bekannt", weitere 24 Prozent sehen zwar, daß es solche Gruppen in Österreich gibt, sie stufen sie aber als "Spinner" ein.

Auf der anderen Seite sind jedoch 32 Prozent der Ansicht, politisch extreme Gruppen in Österreich müßte man "ernstnehmen", obwohl es nach Meinung dieser Befragungsgruppe nur wenige solcher Gruppen in Österreich gibt. Noch stärkere Bedenken findet man in einer weiteren relativ kleinen Gruppe von Befragten - 9 Prozent -, die der Ansicht sind, es gäbe in Österreich auch quantitativ mehr politisch extreme Gruppen, als man gemeinhin in der Öffentlichkeit erfährt.

Frage: "Wie schätzen Sie speziell die Lage in Österreich ein, gibt es bei uns auch solche politisch extreme Gruppen, die vor Gewalt und Terrorismus nicht zurückscheuen? Wie stark sind diese Gruppen in Österreich?"

	Gesamt (N=1995) %
es gibt in Österreich mehr extreme politische Gruppen, als man normalerweise in der Öffentlichkeit darüber erfährt	9
es gibt in Österreich nur wenige extreme politische Gruppen, die man aber trotzdem ernstnehmen muß	32
was es in Österreich gibt, kann man eigentlich nicht als extreme politische Gruppen bezeichnen, das sind nur ein paar Spinner	24
mir ist von solchen Gruppen in Österreich überhaupt nichts bekannt	36

Das Bewußtsein, daß es auch in Österreich politisch extreme Gruppen gäbe, und daß man sie auch ernst nehmen müßte, ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen, und bei den jüngeren Jahrgängen deutlich stärker als bei den Älteren.

Einen deutlichen Einfluß hat auch das Schulbildungsniveau: Maturanten und Akademiker sind wesentlich beunruhigter als die übrigen Bildungsschichten. Das findet auch seinen sozialschichtspezifischen Niederschlag: Angestellte und Beamte - vor allem höherqualifizierte - sind zu einem wesentlich größeren Anteil als Arbeiter, Gewerbetreibende und Landwirte der Meinung, politisch extreme Gruppen in Österreich müßten ernst genommen werden.

Gruppenspezifische Einstellungen zur Aktivität politisch extremer Gruppen in Österreich (in Prozent der Basiszahlen in Klammern)

(1 = "es gibt in Österreich mehr extreme politische Gruppen, als man normalerweise in der Öffentlichkeit darüber erfährt/es gibt in Österreich nur wenige extrem politische Gruppen, die man aber trotzdem ernst nehmen muß". 2 = "was es in Österreich gibt, kann man eigentlich nicht als extreme politische Gruppen bezeichnen, das sind nur ein paar Spinner/mir ist von solchen Gruppen in Österreich überhaupt nichts bekannt".)

	1	2
GESAMT (1995)	40	60
Männer (925)	47	53
Frauen (1070)	35	65
16 bis 24 Jahre alt (345)	49	51
25 bis 39 Jahre alt (574)	46	54
40 bis 49 Jahre alt (358)	37	63
50 bis 59 Jahre alt (394)	33	67
60 bis 69 Jahre alt (324)	32	68
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung (820)	30	70
Pflichtschule mit weiterer Ausbildung (939)	45	55
Maturanten (173)	58	42
Akademiker (63)	56	44

1.2 Verstärkung von Aktivitäten politisch extremer Gruppen befürchtet

Auf die Frage: "Wie schätzen Sie die Entwicklung in den nächsten Jahren ein? Wird es in Österreich zur Bildung von mehr politisch extremen Gruppen kommen, werden die Gruppen sich eher auflösen oder wird es ungefähr so bleiben wie jetzt?" reagierten zwar zwei Drittel der Befragten mit der Meinung, es werde etwa gleich bleiben; von den übrigen befürchteten aber fast alle, daß es zu mehr Aktivitäten politisch extremer Gruppen kommen werde. In Prozent aller Befragten ausgedrückt, vertreten 26 Prozent diese Meinung, also etwa ein Viertel der Bevölkerung.

Politisch extreme Gruppen in Österreich werden in den nächsten Jahren ...

	GESAMT (N=1995)
mehr werden	26
weniger werden	4
wird etwa gleich bleiben ...	65

Männer befürchteten häufiger als Frauen, Jüngere häufiger als Ältere und Personen mit höherer Schulbildung häufiger als Personen mit Volksschulbildung eine solche Entwicklung:

"Es wird in den nächsten Jahren in Österreich zur Bildung von mehr politisch extremen Gruppen kommen" (in Prozent der Basiszahlen in Klammern)

GESAMT (1995)	26
Männer (925)	31
Frauen (1070)	21
16 bis 24 Jahre alt (345)	36
25 bis 39 Jahre alt (574)	28
40 bis 49 Jahre alt (358)	23
50 bis 59 Jahre alt (394)	21
60 bis 69 Jahre alt (324)	18
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung (820)	25
Pflichtschule mit Lehre, Fach-, Handelsschule (939)	24
Maturanten (173)	35
Akademiker (63)	40

1.3 Bedenken gegen "linksextreme" Gruppen überwiegen Bedenken gegen "rechtsextreme"

Im internationalen Maßstab - also nicht speziell auf Österreich bezogen - werden "linksextreme" Gruppen ungleich häufiger von den Befragten als die "aktiveren" bezeichnet als "rechtsextreme" Gruppen. Ähnliches gilt auch für die Einschätzung ihrer politischen Gefährlichkeit.

	"es sind aktiver und treten häufiger in Erscheinung"	"es sind politisch gefährlicher"
	Gesamt (N=1995)	Gesamt (N=1995)
die rechten Gruppen	8	8
die linken Gruppen	11	12
die linken Gruppen	30	22
beide gleich aktiv (gefährlich)	31	41
beide gleich ungefährlich		2
weiß nicht/keine Angabe	28	23

Dieses ziemlich eindeutige Einstellungsmuster wird etwas relativiert, wenn die Fragestellung auf Österreich allein bezogen wird. Hier muß man davon ausgehen, daß ja ein großer Teil der Österreicher eine Tätigkeit politisch extremer Gruppen in Österreich von vornherein verneint - 36 Prozent aller Befragten - und nur die übrigen ihre Meinung über die Stärke der Aktivität der beiden politischen Richtungen abgeben konnten. Berücksichtigt man dies, ergibt sich das folgende Bild, in dem zwar noch immer "linksextreme" Gruppen als die aktiveren gesehen werden, aber in wesentlich geringerem Maß als außerhalb Österreichs.

Es gibt in Österreich ...

	GESAMT (N=1995)
	3
mehr rechte Gruppen	12
mehr linke Gruppen	15
etwa gleich viel	33
keine Angabe	4
es gibt in Österreich keine poli- tisch extremen Gruppen	36

Diese Relation verschiebt sich auch kaum, wenn man nur die Einschätzungen jener 40 Prozent der Befragten herausgreift, die die Aktivitäten politisch extremer Gruppen in Österreich ernstnehmen.

Hingegen ist unter jenen 26 Prozent der Befragten, die in den nächsten Jahren eine Vermehrung der Aktivität politisch extremer Gruppen befürchten, die Angst vor einer solchen Entwicklung bezüglich linker extremistischer Gruppen wieder wesentlich verbreiteter als die Angst vor der Vermehrung der Aktivität rechts-extremer Gruppen.

Es werden in den nächsten Jahren stärker werden ...

	In Prozent aller Befragten, die eine Vermehrung politisch extremer Gruppen in den nächsten Jahren befürchten (N=511)	In Prozent aller Befragten (N=1995)
eher die extrem rechten Gruppen	16	4
eher die extrem Linken Gruppen	29	7
beide gleich	49	13
keine Angabe	6	2
die politisch extremen Gruppen werden weniger werden		4
die Zahl der politisch extremen Gruppen wird ungefähr gleich bleiben		65

1.4 Einschätzungen der quantitativen Aktivität und Gefährlichkeit "rechtsextremer" bzw. "linksextremer" Gruppen beruhen nicht auf Kenntnis der Gruppen, sondern auf grundlegenden politischen Einstellungen

Es wurde eingangs schon angedeutet, daß die in den Fragestellungen angewendete Terminologie die in den Massenmedien bei Darstellungen von Aktivitäten politisch extremer Gruppen verwendeten plakativen Kürzel aufnahm und daher im Grunde eine Messung des Reflexes der Bevölkerung auf dieses Bild der Massenmedien darstellt. Daß für Kenntnisse über politisch extreme Gruppen als Informationsquellen - wenn überhaupt detailliertere Information vorhanden ist - praktisch nur die Massenmedien in Frage kommen, zeigen die Ergebnisse auf die folgenden Fragestellungen.

Zunächst wurde "offen" - das heißt ohne Antwortvorgaben - nach Namen von in Österreich tätigen politisch extremen Gruppen gefragt. Dabei wußten 12 Prozent solche Namen zu nennen, 86 Prozent kannten keine der Gruppen dem Namen nach, 2 Prozent gaben ungenaue Antworten. Auf die Zusatzfrage, woher die Befragten die ihnen bekannten Gruppen kennen, antworteten nur 2 Prozent aller Befragten - "aus Begegnungen, bei Veranstaltungen oder sonstwo", alle übrigen verwiesen auf die Berichterstattung in den Massenmedien.

	Gesamt (N=1995)
Es kennen keine Gruppen dem Namen nach	86
Es nannten Allgemeinbezeichnungen wie "Neonazi" etc.	2
Es nannten identifizierbare Namen von Gruppen .	12
davon: Kenntnis stammt aus Massenmedien	12
Kenntnis stammt aus Kontakten	2

Wendet man sich nun diesen 12 Prozent der Befragten zu, die Namen von Gruppen zu nennen wußten, und katalogisiert die Antworten nach "rechtsextrem" und "linksextrem", so überwiegt die Nennung "rechtsextremer" Gruppen klar die Nennung "linksextremer":

Es nannten als politisch extreme Gruppen in Österreich ...
(Mehrfachnennungen)

	Gesamt (N=1995)	
NDP, Gruppe um Norbert Burger	9] 13 Prozent
andere rechte Gruppen (ANR etc.)	4	
linke Gruppen, namentlich angeführt	3] 5 Prozent
Jusos, Jungsozialisten	2	
Allgemeinbezeichnungen	2	
keine Namen genannt/keine Antwort	86	

Es wird sehr deutlich, daß die radikalen Kleingruppen sehr wenig bekannt sind, und daß das Prädikat "rechtsextrem" in Österreich überwiegend mit der politischen Aktivität und dem Namen von Norbert Burger in Zusammenhang gebracht wird. Diese Personalisierung des Phänomens der Rechtsextremismus im Bewußtsein der Bevölkerung ist zweifelsohne durch die Präsidentschaftskandidatur noch verstärkt worden.

Auf der "linken" Seite gibt es keinen derartig eindeutigen Adressaten, mit dem die Vorstellung des "politischen Extremismus" zu verbinden wäre. Am stärksten wirkt noch die inzwischen bald historisch gewordene Rolle der Jungsozialisten als potentiell radikalster Flügel der sozialdemokratischen Parteien im Bewußtsein der Leute nach - wobei allerdings, wie die häufige Nennung des Terminus "Juso" andeutet, vielfach an die Entwicklung in der Bundesrepublik angeknüpft wird.

Es bleibt also festzuhalten: die Klassifikation des politischen Extremismus in "linksextrem" und "rechtsextrem" im Bewußtsein der Befragten mit deutlicher Betonung des Überwiegens linksextremer Aktivitäten ist nicht rational - also durch Wissen von und über solche Gruppen - belegt. Sie wird vielmehr von grundlegenderen politischen Einstellungen her gesteuert. Die Angabe von Parteipräferenzen (d.h. Sympathien für SPÖ, ÖVP oder FPÖ) können als grobe Indikatoren für solche grundlegenden Einstellungen herangezogen werden. Eine Auswertung der wichtigsten Einstellungsdaten nach Parteipräferenzen verdeutlicht die Rolle der grundlegenden politischen Einstellung des Befragten bei seiner Beurteilung der Situation politisch extremer Gruppen in Österreich: Sympathisanten von ÖVP und FPÖ neigen deutlich stärker als SPÖ-Sympathisanten dazu, eine "linksextreme" Gefahr höher einzuschätzen als eine solche von rechts.

	PARTEIPRÄFERENZ				
	GESAMT (1995) %	SPÖ (861) %	ÖVP (625) %	FPÖ (55) %	keine (452) %
Es sind - international/allgemein - aktiver ...					
die rechten Gruppen	11	16	6	4	9
die linken Gruppen	30	28	37	49	22
Es sind - international/allgemein - politisch gefährlicher ...					
die rechten Gruppen	12	16	10	4	9
die linken Gruppen	22	22	29	38	13
Es gibt in Österreich ...					
mehr rechte Gruppen	12	16	8	4	10
mehr linke Gruppen	15	13	21	18	11
Es werden in Österreich in den nächsten Jahren stärker werden ...					
eher die rechten Gruppen	4	4	6	2	4
eher die linken Gruppen	7	7	10	13	3

Eine weitere Stütze im grundlegenden politischen Bewußtsein für die Einstellung - obwohl rational nicht belegbar -, daß "Links-extremismus" gefährlicher sei als "Rechtsextremismus", bilden Vorstellungen nach dem Muster der "Verschwörungstheorie". Es wurden zwei Argumentationen - eine linke und eine rechte - dieser Art formuliert und die Zustimmung dazu gemessen. Dabei erhielt die "linke" Version eine deutlich stärkere Zustimmung als die rechte.

GESAMT

stimme voll. stimme teil-
zu weise zu

hinter den meisten Terroranschlägen stehen immer wieder dieselben Drahtzieher. Von ihnen redet keiner, ob sie nun in Moskau, in Kuba oder sonst einem kommunistischen Land sitzen, sie aber sind die eigentlichen Terroristen

39 % 29 %

leider sind sich die meisten Österreicher nicht arüber im Klaren, daß der Bombenanschlag der Neonazis in München kein Einzelfall ist. Die Neonazis gehen jetzt in ganz Europa planmäßig vor, nach Italien, Frankreich und Deutschland kommt nun ein Land nach dem anderen dran, und auch nach Österreich werden sie sicher kommen

19 % 40 %

2.1 Für 3 Prozent der Bevölkerung ist Norbert Burger "wegen seiner aufrechten nationalen Gesinnung" wählbar

Die zweite Aufgabenstellung neben der Messung grundlegender Einstellungen der Bevölkerung zum politischen Extremismus war dem Versuch der Schätzung des Potentials rechtsextremer Ansichten in Österreich gewidmet. Wir haben dazu zwei Fragestellungen herangezogen:

- das Potential von "Burger-Wählern"
- eine mit einer in der BRD 1978 durchgeführten vergleichbare Fragestellung zum "Protestpotential"

Die erste Fragestellung, in Anknüpfung an die letzte Bundespräsidentenwahl gestellt ("Dr. Norbert Burger hat bei der Bundespräsidentenwahl überraschend viele Stimmen bekommen. Egal, wie Sie am 18. Mai tatsächlich gewählt haben - können Sie sich vorstellen, daß Sie selbst vielleicht auch Dr. Burger Ihre Stimme geben könnten?") ergab, daß 3 Prozent Norbert Burger wählen könnten, weitere 6 Prozent "vielleicht". Die Zusatzfrage nach dem Motiv für eine solche Entscheidung beantwortete ein Drittel der möglichen Burgerwähler mit der Zustimmung zu dem vorgegebenen Item "wegen seiner aufrechten nationalen Gesinnung" - das sind, in Prozent der Gesamtstichprobe ausgedrückt, etwa 3 Prozent aller erwachsenen Österreicher von 16 bis 70 Jahren.

Die übrigen zwei Drittel der möglichen Bürgerwähler sind Protest- oder Alternativwähler, die entweder auf Leute setzen wollen, die "mit Mißwirtschaft und Korruption aufräumen würden" oder die einfach "einmal anders - d.h. außerhalb der gegebenen 3-Parteien-Wahl - wählen wollen".

2.2 Rechtes "Protestpotential" umfaßt 2 bis 7 Prozent der Bevölkerung

Die Abschätzung eines rechtsextremen Potentials ist nur unter Inkaufnahme ziemlicher methodologischer Schwierigkeiten möglich, dessen sollte man sich bei den folgenden Ausführungen bewußt sein.

Es beginnt schon damit, daß man sich definitivisch zweier Ebenen bewußt sein muß: der ideologischen und der Ebene politischer Aktionsformen.

Die ideologische Ebene kann prinzipiell als Einstellungsmessung vorgenommen werden, und zwar entweder durch die Messung von Zustimmung/Ablehnung von einzelnen Aussagen ideologischen Inhalts oder durch Selbsteinordnung auf dem politischen "Links-Rechts-Kontinuum".

Ersteres wurde bei der Frage nach den Motiven für eine mögliche Burger-Wahl getan. Das Item lautete: (ich würde Norbert Burger wählen) "wegen seiner aufrechten nationalen Gesinnung". Die Größenordnung der Zustimmung liegt, wie im vorigen Kapitel dargestellt, bei etwa 3 Prozent der Bevölkerung.

Auf eine ähnliche Größenordnung kommt man, wenn man folgendes macht: zunächst stufen sich die Befragten auf einer zehnstufigen Skala, die von "links" bis "rechts" reicht, selbst ein.

Zusätzlich wird mit einer Verbalskala von zehn "unkonventionellen" politischen Aktivitätsweisen die Zustimmung zu diesen Arten politischer Aktivität gemessen. Die Aktivitäten reichen von "Beteiligung an einer Unterschriftensammlung" bis "Anwendung von Gewalt gegen Personen". Nach einem Punktgruppenverfahren wird jeder Befragte nun einer bestimmten Stufe "unkonventionellen" politischen Verhaltens zugeordnet und festgestellt, ob er auf der "Links-Rechts-Skala" als "Linker" oder als "Rechter" einzustufen ist.

Entscheidend ist dabei allerdings, ab welcher Intensität "unkonventionellen" politischen Verhaltens man die Befragten zum "Protestpotential" zählen will. Das ist letztlich eine inhaltliche Entscheidung, deren Sinnhaftigkeit sicher nie restlos auszudiskutieren ist, wie die folgende Übersicht der verbalen Aktivitäts-skala gleich zeigen wird:

Befürwortung des Einsatzes unkonventioneller politischer Verhaltensweisen

	Skalenwert	Anteil an Befragten pro Skalenwert		
		BRD 1978 (14 bis 50 Jahre) (4008)	IFES 1980 (16 bis 70 Jahre) (1995)	
Basis		%	%	
Keine der Verhaltensweisen	0	9,0	19,1	
Beteiligung an einer Unterschriften- sammlung	1	5,2	10,7	
Teilnahme an einer Bürgerinitiative	2	27,6	29,3	
Teilnahme an einer genehmigten poli- tischen Demonstration	3	27,1	13,1	
Beteiligung an einem Boykott	4	11,9	9,0	
<hr/>				
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	5	5,3	6,9	"Erweitertes Protestpoten- tial"
Blockieren des Verkehrs mit einer Demonstration	6	18,6] 5,1	6,1] 18,5	
<hr/>				
Beteiligung an einem wilden Streik	7	2,8	1,8	"Protest- potential/ Kern"
Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden	8	8,2] 4,1	2,9] 5,5	
Beschädigung fremden Eigentums	9	0,7	0,1	
Anwendung von Gewalt gegen Personen	10	0,6	0,7	
		99,4	99,7	

Geht man dabei so vor wie in der BRD 1978, und definiert das "Protestpotential" durch die Aktivitätsstufen 7, 8, 9 und 10, so zeigt sich für Österreich ein etwas geringeres Potential dieser Art. Das Ergebnis täuscht auch insofern etwas, als bei der BRD-Untersuchung nur bis zu 50 Jahre alte Personen in die Untersuchung einbezogen wurden. Läßt man in unserer Untersuchung die 51- bis 70-Jährigen außer Betracht, so ergibt sich auch für Österreich ein Wert von 7,4 Prozent.

Erweitert man das politische Protestpotential um zwei Stufen auf der Skala, so ergeben sich für BRD und Österreich etwa die gleichen Werte, ja für Österreich - berücksichtigt man die BRD-Altersgrenze in der Untersuchung - sogar ein etwas größerer Wert.

	"Protestpotential/ Kern"		"Erweitertes Pro- testpotential"	
	BRD 1978	IFES 1980	BRD 1978	IFES 1980
Gesamtbevölkerung 16 bis 70 Jahre	-	5,5 %	-	18,5 %
Bevölkerung 16 bis 50 Jahre ..	8,2 %	7,4 %	18,6 %	21,5 %

Sind die Verhältnisse bisher für Österreich und die BRD insgesamt in etwa gleich zu sehen, so ändert sich das sehr deutlich, wenn das "Protestpotential nach der "Links-Rechts-Skala" in ein linkes und ein rechtes differenziert wird. Während in der BRD nach dieser Meßmethode das linke Protestpotential das rechte deutlich überwiegt, ist es in Österreich ziemlich ausgewogen, wobei sogar eher noch eine Tendenz für ein größeres "rechtes" Protestpotential abzulesen ist.

	"Protestpotential/ Kern"		"Erweitertes Pro- testpotential" Österreich 1980
	Österreich 1980	BRD 1978	
Protestpotential total	5,5	8,2	18,5
linkes	1,5	4,4	3,9
Mitte	1,6	2,3	5,5
rechtes	2,0	1,5	6,8
nicht zuordenbar	0,4		2,3

Die Größenordnung eines solchen "rechten Protestpotentials" wird vermutlich zwischen 2 und 7 Prozent liegen, jedoch eher gegen den niedrigeren Wert hin tendierend. Man wird doch bei allen solchen Schätzungen berücksichtigen müssen, daß im Falle einer konkreten Aktivierung eines solchen Potentials Inhalt und Art des jeweiligen Ereignisses ein solches Potential einerseits nur teilweise aktivieren werden, andererseits aber weitere Bevölkerungsgruppen zumindest punktuell angezogen werden können.